



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 83'773
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3
Abo-Nr.: 272003
Seite: 19
Fläche: 42'799 mm²

«Ein Ja ist nötig, damit Verhandlungen weitergeführt werden»

Martin Naville von der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer hofft, dass der Nationalrat den Gruppenanfragen zustimmt

Der Nationalrat dürfte am Montag Ja sagen zu Gruppenanfragen der USA bei der Amtshilfe in Steuerdelikten. Die grosse Kammer ist gestern mit deutlichem Mehr auf das dafür nötige Zusatzprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen eingetreten, hat die Debatte und den Entscheid aber vertagt. Dazu Martin Naville, Geschäftsführer der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer in Zürich.

Von Daniel Zulauf, Zürich

BaZ: Herr Naville, die USA sollen künftig Amtshilfe für ganze Gruppen von mutmasslichen Steuerflüchtlern beantragen können. Wäre der Steuerstreit mit Amerika für die Schweiz damit gelöst?



Martin Naville.

Nein. Gelöst wäre damit noch gar nichts. Der Nationalrat würde mit dem Zusatzprotokoll nur ein Missverständnis ausräumen, das in den

Verhandlungen aufgetreten war. Der Beschluss ist aber nötig, damit die Verhandlungen überhaupt weitergeführt werden können.

Was meinen Sie mit Missverständnis?

In dem noch gültigen Doppelbesteuerungsabkommen von 1996 sind Gruppenanfragen zwar vorgesehen, aber nur für Steuerbetrug und Ähnliches. In den aktuellen Verhandlungen wur-

de aber nie offiziell deklariert, dass dies nun nicht mehr gelten soll. Wahrscheinlich hat man einfach nicht darüber geredet. Aus Sicht der USA waren Gruppenanfragen immer Gegenstand auch des neuen Doppelbesteuerungsabkommens. Die Schweizer Seite sah das anders. Wer recht hatte, wissen wir nicht. Auf jeden Fall wird ein Ja des Nationalrates zum Zusatzprotokoll dieses Missverständnis ausräumen.

Was käme nach diesem Ja aus Bern?

Es gibt dann zwei Dinge, die es zu lö-

sen gälte. Das eine betrifft die elf Banken, gegen die in Amerika Untersuchungen unter anderem wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung laufen. Das andere ist eine pauschale Lösung des Steuerstreits für den ganzen Finanzplatz. Staatssekretär Michael Ambühl nennt dies den «Schlussstrich». Dabei geht es darum zu verhindern, dass nach den elf Banken weitere Institute von der US-Justiz ins Visier genommen werden. Die Schweiz hofft, dieses Risiko über eine pauschale Abgeltung beseitigen zu können.

Erklären Sie uns bitte, wie sich diese beiden Fälle unterscheiden.

Die Untersuchungen zu den elf Banken, zu denen die Credit Suisse, Julius Bär, Wegelin, die Basler Kantonalbank und andere gehören, basiert auf sehr zahlreichen Indizien über strafrechtlich relevante Tatbestände, die der amerikanischen Justiz vorliegen. Hier geht es in jedem einzelnen Fall darum, eine Lösung zu finden. Es werden Namen von Steuerflüchtlern geliefert werden müssen, und die Banken werden wohl auch eine Geldzahlung als Busse leisten müssen. Darüber hinaus kann vermutet werden, dass es auf dem Schweizer Finanzplatz auch andere Banken gibt, die ebenfalls ein paar oder möglicherweise auch viele amerikanische Steuerflüchtlinge als Kunden hatten oder haben. Um zu verhindern, dass in den nächsten fünf oder zehn Jahren immer mal wieder eine Bank aufgrund ihrer Vergangenheit ins Visier der US-Justiz gerät, versucht man nun alle diese unbekanntenen Fälle über eine pauschale Abgeltung zu regeln.

Hin und wieder hört man, dass diese pauschale Abgeltung bis zu zehn Milliarden Dollar kosten könnte. Was halten Sie von diesem Betrag?

Das ist eine absurde Summe. Die Schweizer sollten ihren eigenen Medien etwas weniger Glauben schenken. Ich denke, diesen Betrag hat die US-Steuerbehörde mit verhandlungs-

taktischer Absicht ihrer Lieblingsreporterin gesteckt, die damit ja auch viel Wirbel machen konnte. Meines Wissens haben die Amerikaner eine solche Summe nie gefordert.

Welche Zahl wäre dann realistisch?

Das werden wir sehen. Sicher klar weniger als zehn Milliarden Dollar.

Im US-Senat wird die Ratifizierung des neuen Doppelbesteuerungsabkommens durch einen einzigen Senator blockiert, Rand Paul, Sohn von Präsidentschaftskandidat Ron Paul. Ist das ein Risiko?

Rand Paul ist ein ganz extremer Tea-Party-Anhänger. Er ist ein ausgeprägter Isolationist und damit ein Gegner aller internationalen Verträge. Er kann die Ratifizierung tatsächlich schwierig machen. Aber wenn sich die Regierung stark einsetzt für das Doppelbesteuerungsabkommen, dann wird der Senat die Ratifizierung dennoch vollziehen können.

«Ich bin vorsichtig optimistisch. Für beide Länder ist eine Lösung von Vorteil.»

Es gibt Stimmen, die sagen, die Amerikaner wollen gar keine Globallösung mit der Schweiz. Sie wollen Recht und nicht Geld. Wie denken Sie darüber?

Es gibt viele Stimmen und Ansichten auf beiden Verhandlungsseiten. Aber die Diskussionen und was ich darüber höre, widersprechen dieser Position eindeutig. Die Amerikaner wissen, dass sie in den nächsten zehn Jahren nicht jedem einzelnen Steuerflüchtling hinterherrennen können. Darum gibt es dort ganz klar auch ein Interesse an dieser Globallösung.

Der Schweizer Staatssekretär Michael Ambühl sagt, die Schweiz solle das neue Doppelbesteuerungsabkommen erst ratifizieren, wenn die Globallösung auf dem Tisch liegt. Wenn sie aber nicht kommt und die Ratifizierung also nicht erfolgt, dann könnten die elf Banken ja keine Kundendaten liefern und müssten